

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellschuld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
 Nr. 46 · 51. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 15. November 1930

### Wille und Weg der christlichen Arbeiterbewegung

Der Sinn der Arbeiterbewegung unserer Tage ist die Herbeiführung einer gesellschaftlichen Ordnung, in der das Schicksal der Arbeiterschaft erträglich ist, in der dem Lohnarbeiter, gleichberechtigt und gleichgeachtet, Platz neben den Angehörigen anderer Volksschichten eingeräumt wird. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft ist von dieser Bewegung ergriffen. Die Arbeiterverbände aber sind Seele, Träger und Führer der Bestrebungen. In ihnen wirken die Kräfte, die nicht nur lediglich empfinden, was ihnen und ihresgleichen mangelt, sondern die mit Tatwillen ausgerüstet opfern und streben, um das Bild der Gesellschaft neu zu formen. Auf sie kommt es an, was werden wird. Sie sind die gestaltenden Kräfte. Ihr Wirken ist der Kern aller Arbeiterbewegung.

Die moderne Arbeiterbewegung ist die Fortsetzung des geschichtlichen und nie abbrechenden Kampfes aufstrebender Volksschichten. In ihr wiederholt sich das Ringen der ihres Wertes für die Gemeinschaft bewußten Glieder des Volkes zur Befreiung aus den Fesseln, die ihnen durch die Ausnutzung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht angelegt wurden. Durch Jahrhunderte zog sich ein solcher Kampf des Handwerks, dessen Blüte dann die Voraussetzung war für die Entfaltung der hohen Kultur mittelalterlicher Städte und eines Gemeinschaftslebens, das in seiner zeit- und geistesgeschichtlich bedingten Vollkommenheit nicht wieder erreicht werden konnte. Jahrhunderte kämpfte das deutsche Bauerntum zur Befreiung seiner Hörigkeit, bis es auf freier Scholle in stolzem Selbstbewußtsein Herr seiner eigenen Geschichte wurde. Ein Jahrhundert kennzeichnet den Weg des Bürgertums im Kampfe gegen wirtschaftlichen und politischen Absolutismus zur Entfaltung seiner eigenen Kräfte. Alle diese Auseinandersetzungen gingen weit über den Rahmen enger Interessenspolitik hinaus. Sie formten und prägten das ganze gesellschaftliche Leben neu.

Arbeitskämpfe, Streiks und Aussperrungen, Tariffbewegungen, Massendemonstrationen, Agitation und Organisation, die Ruhe nach verstärkter Sozialpolitik und mehr noch nach sozialer Staatspolitik — das alles sind Symptome der neuzeitlichen sozialen Bewegung. Ihr Wesen aber liegt in dem schon besagten, in dem gerechtfertigten Verlangen der Arbeiterschaft, eingebettet zu sein in eine soziale Ordnung, die diesen Namen verdient, in einen Zustand, wo nicht mehr die Arbeiterschaft der „Pfeife der Gesellschaft“ ist.

Die Lösung dieses Problems ist ebenso eine geschichtliche Notwendigkeit, wie es die Einreihung anderer Volksschichten in früheren Zeiten in eine neue gesellschaftliche Form war. Wie indes die soziale Gestaltung der Zukunft werden wird, das wird abhängen von der erwachenden Einsicht jener, die noch die Erhaltung alter gesellschaftlicher Machtverhältnisse „in der Ordnung“ finden und von der Geisteshaltung jener, die sich in die Formation der Arbeiterbewegung bewußt einreihen, und nicht nur den Kampf führen, sondern auch ein Ziel vor Augen haben. Die Entscheidung in diesem größten sozialen Ringen, das die Weltgeschichte je gesehen, aber fällt, und niemand wird ihr auszuweichen vermögen. Wer als Christenmensch seine Mitverantwortung für den Lauf der Menschheitsentwicklung empfindet, der kann nicht tatenlos zusehen, wenn die Arbeiterbewegung in Bahnen zu verlaufen droht, die nicht eine neue Ordnung, sondern letztlich das Ende aller Ordnung und das Ende aller Kultur bedeuten. Entweder fällt die Entscheidung der Arbeiterbewegung in einem christentumsfeindlichen oder in einem christentumsfreundlichen Sinne. Und letzteres wird nur dann der Fall sein, wenn das christliche Element im Volke

sich seiner Pflicht bewußt ist, wenn es die Arbeiterbewegung nicht dem Willen der Christentumsgegner überantwortet, sondern aktiv und opferbereit an der Gewinnung einer vollkommeneren und dauerhaften sozialen Neuordnung wirkt.

Aller Anfang ist die Tat, die beherrscht wird von einer großen sittlichen Idee! Der Adel der Arbeit, die Achtung vor der zum Höchsten berufenen Persönlichkeit ihrer Träger erwächst nur auf dem Boden christlicher Lebensauffassung. Der Sieg christlicher Gesinnung erlöste die Arbeitenden des heidnischen Europas aus der Sklaverei. Mit dem Steigen und Fallen christlichen Lebensgefühls steigt und fällt auch die Verantwortlichkeit gegenüber den Trägern der Arbeit, bis sie im Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaft und der sie beherrschenden Vorrangstellung materieller Lebenswerte zu einer reinen Sonntagangelegenheit geworden, die nach Art der Ruhe wohl begleitet — aber nicht mehr leitet.

Die Macht, die die Arbeiterschaft ausschloß aus einer wohlgefügteten, von sittlichen Ideen getragenen Gemeinschaft ist auch der Höhe eines starken Teiles der Arbeiterschaft geworden. Sie glaubt, den „Teufel durch Beelzebub“ austreiben und der Macht der sittlichen Idee ebenso entraten zu können wie jene, denen lediglich die Gewinnung und Ausnutzung äußerer Macht der Inhalt gesellschaftlicher Ordnung ist. So aber wird der Sinn der Arbeiterbewegung ins Gegenteil verkehrt, wird der geschichtliche Kampf der Arbeiterschaft zu einem mehr als fragwürdigen Experiment, das die Kräfte der irrend Strebenden verzehrt und keine Lösung des sozialen Arbeiterproblems bringen kann.

Demgegenüber stehen Wille und Weg der christlichen Arbeiterbewegung. In ihr lebt die Idee der gesellschaftlichen Neuschöpfung durch den Wandel der Gesinnung, durch die Tat jener, die geistig fest verankert im christlichen Glaubensgut, befähigt sind, den Weg zum Ziel zu bahnen.

Nur so wird es der Arbeiterschaft gelingen, ihren geschichtlichen, sozialen Kampf so zu führen und zu beschließen, daß aus einer neuen Ordnung auch die

erstrebte Wohlfahrt ihres eigenen Standes erblickt. Wohl ist es richtig, daß die fast ausschließliche Hinwendung der modernen Menschheit auf den Gewinn, den Besitz und den Genuß äußerer Lebensgüter das wirtschaftliche Leben auf einen nie geahnten Höhepunkt geführt hat. Wenn daraus aber gefolgert wird, in der Fortführung einer solchen Entwicklung sei allein die Überwindung der Nöte gegeben, die die Arbeiterschaft als untragbar empfindet, so ist das ein sehr großer Trugschluß. Nichts ist dafür ein besserer Beweis als die Tatsache, daß die Unzufriedenheit der Arbeitermassen um so stärker anschwillt, je mehr die Menschheit die Materie beherrscht und sich von ihr beherrschen läßt. Die Doppelnatur des Menschen als seelisch-geistiges und leibliches Wesen wird nie befriedigt werden können, wenn nicht den Bedürfnissen der ganzen menschlichen Natur entsprochen wird. Deshalb ist eine Arbeiterbewegung, die die Lösung des sozialen Arbeiterproblems in der ausschließlichen Gewinnung vermehrter materieller Lebenswerte sucht, nichts als ein verhängnisvoller Irrweg.

In dieser Erkenntnis steht die bewußt christliche Arbeiterschaft in unserer Gewerkschaftsbewegung. Ihr widmet sie ihre Kräfte, mit ihr kämpft sie für das große Ziel der sozialen Neuordnung im Geiste christlicher Lebensauffassung. In den christlichen Gewerkschaften führt sie den Kampf um die äußere Geltung, in den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen schärft sie die Waffen des Geistes, kräftigt sie den Glauben an die Wahrheit und den Sieg ihres religiösen Gutes auch für den Standeskampf zur Gewinnung eines neuen Gemeinschaftswillens und Gemeinschaftslebens.

Ohne die christliche Arbeiterbewegung verliert darum die Arbeiterbewegung als Kulturbewegung ihren Sinn. Je stärker aber die christliche Arbeiterbewegung anwächst, je weniger christliche Arbeiter gedankenlos in den Tag hineinleben, den Kampf um die Entscheidung nicht mitführen oder im Lager ihrer weltanschaulichen Gegner stehen, um so mehr ist die Gewähr gegeben, daß der Kampf der Arbeiterschaft seine Entscheidung im christentumsfreundlichen Sinne findet. Ein starker Bekennermut und ein ebenso starker Opferwille gehören dazu, sich als im Lager der christlichen Arbeiterbewegung stehend zu erklären. Ohne Bekennermut zur Wahrheit und Klarheit ist noch nie eine große Idee zum Siege gelangt!

Carl Janßen.

### Die Tarifverträge im Jahre 1928

In Deutschland wird seit Jahren über die bestehenden Tarifverträge eine Statistik geführt. Diese Statistik wird leider in der Öffentlichkeit nicht so beachtet, wie es angesichts der Auseinandersetzungen über das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen notwendig wäre. Aus dem 55. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt seien folgende Feststellungen wiedergegeben.

Interessant ist aus dem Material die Zusammenfassung über die Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland. Gegenüber 3173 Verträgen am 1. Januar 1928 bestanden am 1. Januar 1929 insgesamt 8925 Verträge. Die Verbreitung und Entwicklung des Tarifvertragswesens hat also im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht. Die zahlenmäßige Entwicklung der Tarifverträge und der durch sie erfaßten Betriebe und Arbeitnehmer seit dem 1. Januar 1921 ist folgende:

Stichtag	Tarifverträge	für Betriebe	für Arbeitnehmer
1. Januar 1924 . . .	8 790	812 671	13 135 394
1. Januar 1925 . . .	7 089	785 945	11 904 159
1. Januar 1926 . . .	7 533	788 755	11 140 521
1. Januar 1927 . . .	7 490	807 300	10 970 120
1. Januar 1928 . . .	8 178	912 006	12 957 440
1. Januar 1929 . . .	8 925	997 977	13 276 060

Zu der Zunahme der Zahl der Verträge und der erfaßten Betriebe sagt das Statistische Reichsamt folgendes: „Die Zahl der im Laufe dieses Zeitraums zu-

stande gekommenen Erstabschlüsse und Erneuerungen von Tarifverträgen erreichte fast die gleiche Höhe wie im ersten Jahre nach der Währungsstabilisierung, das die bisher höchste Zahl aufzuweisen hatte. Die Zahl der im Jahre 1928 durch die Tarifbewegung erfaßten Betriebe war sowohl der Höhe nach wie im Verhältnis zu der Gesamtzahl aller am Jahreschluß unter Tarifverträgen stehenden Betriebe größer als in irgendeinem Jahre seit 1924.“

Die Verteilung der Verträge nach dem Umfange ihres Geltungsbereiches erbringt folgende Ergebnisse:

Geltungsbereich	Tarifverträge Anzahl	n. S.	Betriebe Anzahl	n. S.	Arbeitnehmer Anzahl	n. S.
Reichsgebiet	84	0,9	98 901	9,9	855 861	15,1
Bezirke	3 089	34,6	747 284	74,9	1 888 201	74,8
Orte	2 489	27,9	144 474	14,5	744 109	6,1
einzel. Firmen	3 263	36,6	7 228	0,7	487 889	4,0
auf 8 925   100,0   997 977   100,0   13 276 060   100,0						

Bezüglich der Gesamtzahl der unter Tarifverträge fallenden Arbeitnehmer zeigt die Statistik nur eine Zunahme von 8620 = 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahre, was einem Stillstand gleichkommt. Ursache hierfür ist die rückläufige Bewegung des Wirtschaftens. Wenn man den von den Verträgen erfaßten Personenkreis weiter aufgliedert und Arbeiter und Angestellte — diese wiederum nach Geschlechtern — trennt, so erhält man folgendes wertvolles Zahlenbild:

Stichtag	Arbeiter		Angestellte	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1. 1. 1925	7 624 792	2 445 472	1 319 878	514 017
1. 1. 1926	7 092 541	2 366 243	1 169 098	512 639
1. 1. 1927	7 090 113	2 225 671	1 153 379	500 957
1. 1. 1928	8 114 428	1 510 820	1 146 216	495 976
1. 1. 1929	8 175 093	2 398 178	1 180 381	522 408

Hierzu sagt das Statistische Reichsamt: „Die Zahl der an Tarifverträgen beteiligten Arbeiter blieb in der gleichen Zeit bei einer Zunahme um 60 665 oder rund 7,0 Prozent nahezu unverändert, während die Angestelltenzahl nicht unerheblich größere Zahlen als im Vorjahre erreichte“. Während bei den männlichen Arbeitern eine geringe Zunahme festgestellt wurde, nahm die Zahl der erfassten Arbeiterinnen im Berichtsjahre weiter ab. Dagegen ist, und zwar erstmalig seit 1924, sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Angestellten eine Zunahme zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Gewerbebezüge ist ersichtlich, daß sich gegenüber dem Vorjahre eine stärkere Zunahme der Tarifverträge für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, Baugewerbe und Handelsgewerbe ergibt. Einen nicht unerheblichen Rückgang bezüglich der Zahl der unter Tarifverträge fallenden Arbeitnehmer weisen auf die Landwirtschaft, Eisen- und Metallgewinnung, die Papier- u. w. Industrie, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, die Textilindustrie, der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Zunahmen sind zu verzeichnen im Handels-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, in der Industrie der Steine und Erden, im Verkehrswesen, Gast- und Schankwirtschafts- sowie im Baugewerbe. Wir geben wegen Platzmangel nur die größten Gewerbebezüge hier an:

Gewerbegruppen	Zahl der Tarifverträge	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeitnehmer
Landwirtschaft, Gärtner u. w.	261	247 088	1 498 607
Bergbau, Salinenwejen u. w.	102	2 167	851 174
Eisen und Metallgewinnung	68	1 718	575 328
Herstellung von Eisen, Stahl, Metallwaren	556	40 256	1 506 352
Textilindustrie	284	25 305	906 520
Baugewerbe	1134	116 425	954 078
Verkehrswesen	387	19 268	816 378
Sonstiges	627	95 968	949 706

Die Arbeitszeit war in 94,3 Prozent der Tarifverträge verankert, und zwar:

	Zahl der Tarifverträge	Betriebe	Arbeiter	Angestellte
unter 48 Std.	515	33 656	848 000	64 863
48 Std.	7 420	638 339	6 160 459	1 031 964
über 48 Std.	493	169 407	464 942	25 050
zus.	8 428	841 442	7 473 401	1 121 882

Als Regelfall ist die 48-Stunden-Woche auch in den Tarifverträgen festgelegt für 94 Prozent der weiblichen Angestellten, für 92 Prozent der männlichen Angestellten, für 90,1 Prozent der Arbeiterinnen und für 82,4 Prozent der Arbeiter.

Der Anspruch auf tarifvertraglichen Urlaub konnte im Berichtsjahre noch weiter verankert werden, und zwar haben von den rund 10,57 Millionen Arbeitern 10,34 Millionen = 97,8 Prozent Anspruch auf Urlaub. Derselbe Prozentjah ergibt sich auch in Bezug auf die tariflich gebundenen Angestellten.

Die Statistik enthält noch eine Fülle weiteren Materials; durch die späte Veröffentlichung der Statistik verliert es ganz erheblich an Wert. Da die berichtenden Verbände binnen dreier Monate nach Ablauf des jeweiligen Berichtsjahres ihre Aufstellungen einzureichen haben, müßte eine raschere Verarbeitung des für die Widerspiegelung des sozialen Lebens wichtigen Materials möglich sein.

Ein großer Mangel ist das gänzliche Fehlen der Angaben darüber, wie die Tarifverträge zustandekamen. Es mag für das Statistische Reichsamt ein leichtes sein, das Zustandekommen der Verträge zu zergliedern nach Verträgen, die in freier Vereinbarung abgeschlossen wurden, nach solchen, die mit Hilfe von Schlichtungsstellen vereinbart wurden, nach solchen, die auf Grund eines angenommenen Schiedsspruches zum Abschluß kamen, nach solchen, deren Zustandekommen erst durch Verbindlichklärung eines Schiedsspruches möglich war, und nach solchen, die durch einen Streit erzwungen wurden. Erst dann, wenn die vorliegende Statistik dementsprechend angebahnt wird, erhält sie den Wert, der ihr zukommt.

Herbert Boedel, Aulmbach.

### Moderne Betriebsgefahren

Für die Gefährdung von Gesundheit und Leben der Arbeiter mögen einige Zahlen sprechen. Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Zahl der Unfälle im Jahre:

- 1910 bei 9 331 900 Versicherten 484 097,
- 1920 bei 9 537 400 Versicherten 433 049,
- 1925 bei 10 854 100 Versicherten 652 897,

1926 bei 9 948 300 Versicherten 753 625, 1927 bei 11 391 400 Versicherten 1 010 482. An Unfallrenten wurden im Jahre 1913 176,6 Millionen Mark, im Jahre 1924 11,6 Millionen RM., 1925 bereits 178,7 Millionen RM. und im Jahre 1926 260 Millionen RM. gezahlt. Erweiterungen der Unfallversicherung sind bei diesen Zahlen berücksichtigt.

Oft wird gegen die Arbeiterchaft der Vorwurf erhoben, sie sei selbst schuld an der hohen Zahl der Unfälle. Ueber diese Frage gibt eine Statistik der Gewerbe- und Hygiene-Ausstellung in Dresden über Unfallursachen bemerkenswerten Aufschluß. Nach dieser Statistik sind Unfälle hervorgerufen:

- Durch unvermeidbare höhere Gewalten 19 Prozent,
- durch Unvollkommenheiten von Maschinen und Schutzeinrichtungen 32 Prozent,
- durch Ungeschicklichkeit und ungenügende Ausbildung 10 Prozent,
- durch körperliche Mängel 15 Prozent,
- durch ungeeignete feilische Eigenschaften 18 Prozent,
- durch ungünstige Betriebsverhältnisse (Arbeitsgegenstand, Arbeitseintönigkeit, Entlohnung) und Belastung durch die Lebenslage 6 Prozent.

Erkenntnis der tieferen Ursachen ist erforderlich. Unfallverhütungspropaganda ist gut und notwendig; aber sie muß immer wieder den Erfordernissen der modernen Betriebsweise angepaßt werden. Es ist weiter notwendig, die arbeitende Jugend in kurzen und Bildungseinrichtungen zu schulen, wie Unfälle im Betrieb vermieden werden können. Ein anderes Unfallverhütungsmittel ist der Ausbau der Aufsichtsbeförderung. Arbeitnehmervertreter müssen mehr als bisher mit herangezogen werden, so daß sie im Verein mit verbesserten Schutzmaßnahmen und unter Mithilfe der Belegschaft den Kampf gegen die Gefahren der modernen Betriebe aufnehmen und die Gefährdung der Arbeitnehmer auf das Mindestmaß zurückdrängen kann.

### Der Reichsarbeitsminister zur Lohn- und Preispolitik

Im Reichsrat sagte am 4. November Reichsarbeitsminister Siegerwald hinsichtlich des Staatsinteresses an der Lohnpolitik folgendes: „... Ueberlassen wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Kräfte, so könnten bei der deutschen Neigung zum Extremen Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge von Streiks und Ausperrungen eintreten, das das Sanierungswerk (gemeint ist das Regierungsprogramm, Red.) dadurch ernstlich gefährdet werden könnte. Für die deutsche Regierung bleibt daher nur der dritte Weg der Lohnpolitik offen, nämlich mäßigend und regulierend einzugreifen.“

Der Reichsarbeitsminister ist die Instanz, der die Entscheidung über die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen der staatlichen Schlichter zusteht. Ein Reichsarbeitsminister wird seine Entscheidungen dieser Art so einstellen, daß sie der Gesamtpolitik des Ministeriums zum mindesten nicht entgegenstehen; im derzeitigen Fall der Durchführung des Regierungsprogramms. Wir haben zu dem Teil des Regierungsprogramms, das Änderungen für die Finanzierung des Wohnungsbaues vorsieht, ablehnend Stellung genommen. Wir sehen auch die Frage der Wiederingangbringung der deutschen Wirtschaft, soweit sie mit der Lohnfrage zusammenhängt, zum großen Teil anders, wie die Reichsregierung. Nichtsdestoweniger sollen auch die wesentlichen Gesichtspunkte des Reichsarbeitsministers zur objektiven Beurteilung in unseren Kreisen bekannt werden.

Aus einem Interview übernehmen wir nachstehende, grundlegende Gedanken Siegerwalds:

„Die Frage, um die man sich gegenwärtig streitet, ist die: Können während der größten Wirtschaftskrise, die Deutschland je durchgemacht hat, auf der ganzen Linie durch die Staatsmacht die Löhne stabilisiert werden, die bei ganz anderer wirtschaftlicher Lage gebildet worden sind? Ich will nicht die Zerstückelung der Tarifverträge und des Schlichtungswesens, und, weil ich das nicht will, muß ich die Lohnpolitik elastisch handhaben, um einerseits Maßlosigkeiten in gewissen Unternehmerkreisen gegenüber den Arbeitern und Angestellten hintanhalten und um weiterhin bei besseren Zeiten den Arbeitnehmern wieder anwärts helfen zu können. Im ganzen sehe ich die deutsche Lohn- und Preispolitik so: Ich lehne es ab, Lohnkürzungen in einem unmöglichen Ausmaß durch die Staatsmacht auszusprechen.“

Ich lehne es auch ab, auf längere Sicht die Reallohn zu senken, und halte es weiterhin für falsch, anzunehmen, daß die deutsche Wirtschaftskrise von der Exportseite her in kurzer Zeit behoben werden könne. Ich glaube auch nicht daran, daß etwa durch deutsche Industrieinvestitionen, durch gegenseitige Aufträge der Industrie die deutsche Wirtschaftskrise behoben werden kann. Das kann m. E. in der Hauptsache nur auf zwei Wegen geschehen, 1. durch eine vernünftige wirtschaftliche Regelung des Reparationsproblems, und 2. durch verstärkte Kaufkraft im Innern. Die

verstärkte Kaufkraft muß, soweit ich sehe, geschaffen werden: von einer rentablen landwirtschaftlichen Erzeugung, von der Verbilligung der gewerblichen und industriellen Produktion und vom Massenverbrauch her. Zur Steigerung des Massenverbrauchs müssen in der industriellen und gewerblichen Produktion die Herstellungskosten und in der gesamten Wirtschaft die Verteilungskosten gesenkt werden, und bei dieser Senkung kann auch nicht blind an der Lohnfrage vorbeigegangen werden. Man muß — so paradox es klingt — gewisse Lohnminderungen in Kauf nehmen, um die Voraussetzung für neue Verbrauchserweiterung zu schaffen.

Sollen etwa achtzehn Millionen Arbeitnehmer 32 bis 33 Milliarden RM. Löhne und Gehälter beziehen und davon 3 Millionen Arbeitslose mit jährlich 3 Milliarden RM. unterstützen, oder sollen 21 Millionen Arbeitnehmer in den Produktionsprozeß gebracht werden und vorübergehend ebenfalls nur eine ähnliche Gesamtlohnsumme beziehen? Die Antwort liegt auf der Hand, aber ich füge hinzu: Es müssen auf der anderen Seite die Preise so gesenkt werden, daß die breiten Massen am Ende mit 31 bis 32 Milliarden Löhnen und Gehältern mindestens nicht weniger kaufen können, als es heute einschließlich der Unterstützung der Arbeitslosen mit 33 bis 34 Milliarden RM. der Fall ist.

Ein so verbilligtes Warenangebot muß eine verstärkte Nachfrage zur Folge haben, und durch eine verstärkte Nachfrage müssen in absehbarer Zeit wieder mehr Menschen beschäftigt werden können. An der Verbilligung der Produktionskosten sind freilich alle Faktoren zu beteiligen und nicht bloß die Löhne und Gehälter. Mit dem Spiel, daß die eine Seite immer sagt, die Löhne müssen gesenkt, und die andere Seite, die Preise müssen verbilligt werden, kommen wir nicht weiter. Die Forderung muß vielmehr lauten: Die Preise müssen gesenkt werden, und an dieser Preis-senkung sind alle Herstellungskosten zu beteiligen.

Auch an einer Senkung der Güterverteilungskosten kann nicht halt gemacht werden. Die Auffassung, daß die Preisumstellung nur auf die Arbeiter und Angestellten abgestellt werden müsse, lehne ich auf das nachdrücklichste ab. Die Arbeiter und Angestellten haben im letzten Jahre bereits große Opfer dadurch gebracht, daß die Akkordlöhne bzw. die übertariflichen Bezahlungen vielfach um 10 und mehr Prozent gesenkt worden sind. Die Arbeitgeber dürfen nicht der Auffassung sein, daß ich mich von der gegenwärtig weit hin anzutreffenden maßlosen Lohnsenkungspsychose in meinen Entscheidungen beeinflussen lasse. Damit wird lediglich eine ungeheure Erbitterung in Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgerufen. Und wenn in absehbarer Zeit nicht auch eine Preis-senkung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs eintritt, die für die breiten Massen entscheidend sind, das ist der Kleinverkaufspreis wichtiger Lebensmittel, — der Bauer bekommt in der Regel trotz Zölle keine überhöhten Preise — dann lehne ich es entschieden ab, weitere Schiedssprüche mit Lohnkürzungen für verbindlich zu erklären. Eine Politik, die eine einseitige und dauernde Senkung des Lebensstandards bloß der Arbeitnehmer bedeutet, lehne ich auf das entschiedenste ab.“

### Vorsicht bei Sicherheitsforderungen

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß ein Arbeitnehmer unter keinen Umständen Sicherheitsgelder, sogenannte Kauttionen, bei einer Firma hinterlegen soll, wenn er nicht eine vollständige Garantie für das hinterlegte Geld hat. Eine solche vollständige Garantie kann nur dann gewährleistet sein, wenn Sicherheitsgelder auf ein gesperrtes Sparkonto festgelegt sind. In sehr vielen Fällen mußte die bittere Erfahrung gemacht werden, daß der Geber um sein hinterlegtes Geld gekommen ist.

Unser Verbandsmitglied A. hatte bei der Firma St. und B. für die Annahme eines Vertrauenspostens die Garantiesumme von 600 RM. hinterlegt. Nicht lange war unser Kollege bei der Firma beschäftigt, als selbige ihn mit sofortiger Kündigung entließ, sich aber zur Tragung der Haftung der Kündigungsschuld berechtigt erklärte. Kautions- und Kündigungsschuld im Betrage von 600 RM. mußten beim Arbeitsgericht eingeklagt werden. Zum ersten Termin am Arbeitsgericht war die Beklagte nicht erschienen. Gegen das Veräurteilungsurteil legte der Mitinhaber Berufung ein. Im zweiten Termin wurde das Veräurteilungsurteil bestätigt. Pfändungen folgten. Beide Firmeninhaber hatten sich inzwischen getrennt, beide waren unspädbar, einer hatte den Offenbarungseid geleistet. Man schämt sich nicht, Sicherheitskauttionen zu fordern, und ist selber der unsicherste Kantonist. Sobald die vorhandene Büroeinrichtung gepfändet wird, kommt prompt die Interventionklage der Frau S., daß die Büroeinrichtung ihr gehöre. S. selbst besitzt nach seiner Angabe weiter nichts, wie die notwendigen Kleidungs- und Wäscheartikel.

So betrügt man ehrliche Arbeiter. Hoffentlich wird an anderer Stelle diese Tat noch entsprechend vergolten. Der Vorfall möge unseren Kollegen eine Warnung sein, Menschen in ähnlichen Fällen unumwundenes Vertrauen zu schenken. H. Ernst.

### Die Krisenfürsorge in den Landesarbeitsämtern Bayern und Niedersachsen

Nach einer Bekanntmachung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Bayern vom 4. November 1930 wurde im Rahmen des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers und der darin erteilten Ermächtigung verfügt, daß mit Wirkung ab 3. November 1930 die Krisenunterstützung zu gewähren ist:

a) u. a. allen Berufssparten des Baugewerbes in sämtlichen Gemeinden der Pfalz, des Arbeitsamtsbereiches Coburg und Hof, sowie für sämtliche Gemeinden, die im sogenannten Einzugsgebiet von Städten über 25 000 Einwohner liegen. Dies sind Gemeinden, deren Gebiet von einem Kreise umschlossen oder berührt wird, welcher mit einem Halbkreis von 10 Kilometern, bei Städten über 100 000 Einwohner (München, Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen) mit einem solchen von 20 Kilometern vom Stadtmittelpunkt gezogen wird.

b) In allen übrigen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern des ganzen Landesarbeitsamtsbezirks die Bauarbeiter (Berufsgruppe 1b) und Bauhilfsarbeiter (Berufsgruppe 2b). Als Bauhilfsarbeiter gilt nur, wer seine Anwartschaftszeit überwiegend im Baugewerbe erfüllt hat.

Die Zulassung der Berufsgruppe „Baugewerbe“ zur Krisenunterstützung ist bis längstens 28. März 1931 ausgesprochen.

Bekannt ist, daß Krisenunterstützung nur für nach dem 3. November 1930 Ausgesteuerte, sofern das 21. Lebensjahr erreicht ist, in Betracht kommt. Die hierin liegende Härte auszugleichen, lag nicht in der Befugnis des Landesarbeitsamts. Immerhin dürfte unsere Bestrebung in bezug auf Zulassung auch der Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zur Krisenunterstützung zu einem Erfolg und zur teilweisen Linderung der Notlage eines großen Kreises unserer Berufskollegen geführt haben.

Vom Landesarbeitsamt Niedersachsen wird bekannt:

Für die Arbeitsämter Northeim, Göttingen, Alfeld, Hildesheim, Goslar, Braunschweig, Helmstedt und Hannover ist die Krisenunterstützung für das Baugewerbe in allen Orten zugelassen. Die Zulassung gilt allerdings überall nur in dem Umfange, wie sie vom Reichsarbeitsministerium erlassen ist.

## Allgemeine Rundschau

### Die Arbeitgeber zur Arbeitslosigkeit

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nahm am 3. November in einer Besprechung vor der Berliner Presse Stellung zu den — richtiger gegen die zurzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Auffassung der Arbeitgeber läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Die in verschiedenen Formen vorgeschlagene schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern zu verteilen oder die Entlassung von Arbeitnehmern zu verhindern, sei kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Ein gesetzlicher Zwang zur Verkürzung der Arbeitszeit wird abgelehnt. Inwieweit im Einzelfalle die Arbeitsverkürzung ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei, könne nur vom einzelnen Betrieb beurteilt und entschieden werden. Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten sei ebenfalls kein geeignetes Mittel. Subventionen, insbesondere Lohnzuschüsse an private Betriebe aus öffentlichen Mitteln seien grundsätzlich abzulehnen. Derselbe Grundsatz gelte uneingeschränkt gegenüber den Plänen, durch Lohnzuschüsse oder Lohnprämien einzelnen privaten Betrieben die Neueinstellung von Arbeitslosen zu ermöglichen. Dagegen sei mit Nachdruck zu betonen, daß jeder Betrieb es als seine selbstverständliche Pflicht ansehen müsse, dauernd zu prüfen, inwieweit er im Rahmen seiner besonderen Verhältnisse zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen könne. Alle Überlegungen müssen schließlich davon ausgehen, daß ohne allseitige Senkung der Verzehrkosten — d. h. Senkung der Löhne oder Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Einkommen — eine durchgreifende Besserung der Arbeitslosigkeit nicht erreicht werden könne.

### Arbeitslosigkeit im Bergbau

Die anhaltende Depression im Ruhrbergbau hat zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage geführt. Am 1. Oktober wurden rund 2500 Bergarbeiter entlassen, denen am 15. Oktober nochmals 3000 folgten. Zum 31. Oktober wurden außerdem noch 8500 Bergarbeiter gekündigt. Die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter ist dadurch von 46 257 Mitte September auf ungefähr 52 000 Mitte Oktober angewachsen. Für Ende September wird die Gesamtbeschäftigung des Ruhrbergbaues mit 310 833 Bergarbeitern angegeben, so daß seit Ende Januar dieses Jahres 72 884 Bergarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das bedeutet, daß Ende September 19 u. S. der Gesamtbeschäftigung vom Januar arbeitslos waren. Die zahlreichen Betriebsbeschränkungen haben auch zur Freisetzung von technischen und kaufmännischen Angestellten geführt.

### Am 15. November 1930 ist der sechsendvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

### Verbandstag der Holzarbeiter

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hielt in Königswinter seinen Verbandstag ab. Die Arbeitslosigkeit beeinflusst erklärlicherweise den Mitgliederzugang und die Entwicklung der Kassenverhältnisse. Die Gesamtausgaben betragen im Jahre 1929 2 200 000 RM. Davon wurden für Krankenunterstützung 225 000 RM., für Arbeitslosenversicherung etwas über eine halbe Million RM. und für Arbeitskämpfe 410 000 RM. aufgewandt. Der Verband hat einen ausgedehnten und umfangreichen Rechtschutz. Der durch Gerichtsurteile bei 2581 Terminen erzielte Barerfolg aus Rechtsstreitigkeiten betrug fast 300 000 RM. Der Verbandstag befandete die Einsicht, daß gewisse, der Zeit entsprechende Maßnahmen unvermeidlich sind; es wurde jedoch andererseits auch festgestellt, daß die Regierung in Einzelheiten über das notwendige Maß hinausgegangen ist. Der Verbandstag beschloß, die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung auf 20 Wochen bei gleichbleibendem Gesamtunterstützungssatz auszudehnen. In einer Reihe von Entschlüssen wurde Stellung zur Vergabung der behördlichen Aufträge, zur Frauenarbeit, zur Doppelverdienfrage, zur Regelung des Behringswesens und zur gewerkschaftlichen und fachlichen Ausbildung genommen.

## Aus dem Verbandsleben

**Kaiserslautern.** Das am 12. Oktober in Otterbach (Pfalz) abgehaltene Jubiläumstreffen unserer Verwaltungsstelle gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Ideen und Ziele der christlich-nationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Musikalische Darbietungen, Gesangsvorträge und ein den Sinn der Feier charakterisierendes Prolog schufen die Grundstimmung für die Feier des Jubiläums.

Eine besondere Note bekam die Veranstaltung durch die Tatsache, daß 21 Jubilare der Verwaltungsstelle mit der vom Hauptvorstand gestifteten silberumkränzten Ehrennadel und einem Diplom für 25jährige treue Mitgliedschaft ausgezeichnet werden konnten. Es sind das die Kollegen: Andreas Haffmann, Karl Weber, August Ebert, Johann Schäfer, Franz Rinder, Peter Neurohr, Andreas Neurohr, Jakob Rinder, Michael Ziegler, Christian Hertel, Peter Schäfer, Jakob Frohnhöfer, Max Becker, Adam Brandtetter, Heinrich Deppert, Johann Boissung, Franz Boissung, Wilhelm Schneider, Ernst Stolz, Rudolf Schläfer und Johann Kuteriemer.

Kollege Maurer zeichnete ein historisches Bild von der Gründung und Entwicklung unseres Verbandes in der Rheinpfalz. Fester Glaube an die zeitgeschichtliche Mission der christlichen Gewerkschaften verleiht fittliche Kräfte, die zu beispiellosen Opfern befähigten. Dazu eine tiefe Liebe zum entrechteten Berufsstand und der unbeeugliche Wille, diesem Stande zu Einfluß und Gleichberechtigung gegenüber allen anderen Volksgruppen zu verhelfen. Christentum und Vaterlandsliebe seien die Grundpfeiler, auf denen die christliche Gewerkschaftsbewegung aufgebaut sei. Auch im zweiten Vierteljahrhundert christlicher Bauarbeitergeschichte wollen wir in der Rheinpfalz mit dem Geist der „Alten“ an der zahlenmäßigen und geistigen Weiterentwicklung unseres Verbandes mitarbeiten. Zur Anschluß hieran sprachen einige Ehrengäste der Verwaltungsstelle ihre Glückwünsche aus.

Die Festrede hielt unser Bezirksleiter, Kollege Heinrich. Keinen Tag ohne Gedanken an die Führer unserer Bewegung, die Vorbilder unserer Jugend. Mit Geduld und Weisheit haben wir es in den letzten Wochen zu erleben Gelegenheit hatten, nützen wir dem Volke nichts. Für die christliche Arbeiterschaft ist das Christentum mit seinen unumstößlichen Grundgesetzen Richtschnur und Ziel ihres Handelns. Die Technik und der sich überstürzende Fortschritt, auf den das deutsche Volk nicht eingestellt war, haben eine Produktionsvermehrung hervorgerufen, für deren Aufnahme keine Möglichkeit geschaffen war und als deren Folge sich Arbeitslosigkeit in nie gekanntem Ausmaße eingestellt. Die Kaufkraft der breiten Massen ist dadurch auf ein tiefes Niveau gesunken. Wirtschaftspolitik und Staatspolitik sind aufs engste miteinander verbunden. Ein Blick in dieser Beziehung über die Erde bringt uns dies mit unverhüllener Deutlichkeit zum Bewußtsein. Eine nur internationale Einstellung wird uns über diese Schwierigkeiten nicht hinwegbringen. Ebenso können Pohn- und Gehaltsabbau allein die Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht herbeiführen, wenn nicht denselben ein fühlbarer Preisabbau vorangeht. Die überhöhten Preise, die in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten stehen, müssen eine Angleichung an die Weltmarktpreise erfahren und die Kaufkraft der Konsumenten mehr berücksichtigen. Die finanzpolitische Lage hat sich nach dem Kriege in der Welt vollständig verschoben, ebenso ist die politische Umgestaltung nicht wirkungslos an der Wirtschaft vorübergegangen. Denjenigen, denen die christliche Ueberzeugung Richtschnur ist, sind neue, gewaltige Aufgaben gestellt. Sozialismus und Liberalismus sind altersschwach geworden. Der Staat kann heute froh sein, daß noch eine starke christlich-nationale Arbeiterschaft ihm einen Rückhalt bietet, mit dem gerechnet werden muß. Das Christentum ist berufen, im Staats- und Wirtschaftsleben die Grundlage für bessere Zeiten zu schaffen.

Die Ehrung der Jubilare durch Kollegen Maurer war das Höhestück auf den Opfer- und Aufstiegsgeist der Gründer und Förderer des Verbandes und mündete in das Versprechen: Die Jugend im Verbande wird im Geiste der „Alten“ das Panter in Ehren tragen. Ein kräftiges Hoch den Jubilaren und ihrer Treue zum Verband! Kollege Andreas Haffmann, der erste Vorsitzende der Verwaltungsstelle, dankte mit bewegten Worten namens der Jubilare für die Ehrung. Dankbaren Beifall erntete die Rede des Koll. Georg Meisinger vom Unabhängigen Gewerkschaftsbund für Elsaß und Lothringen, der den deutschen Bauarbeitern in Elsaß und Lothringen jede nur mögliche Hilfe und Unterstützung versprach und die Glückwünsche seiner Organisation übermittelte.

An uns liegt es, dafür zu sorgen, daß wir nach weiteren 25 Jahren ebenso zufrieden und voll Stolz auf unsere Verbandsarbeit zurückschauen können wie beim Silberjubiläum.

**Wissen.** Am 23. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Kollege Lückeroth, Köln, besprach die neuen Bestimmungen der Krisenfürsorge. Schwere Aufgaben stehen uns bevor, besonders im kommenden Frühjahr, wenn der Reichstarifvertrag und die Lohn- und Arbeitsstarifverträge neugestaltet werden müssen. Die Unternehmer des Baugewerbes werden Verbündete in Industrie, Handel und Gewerbe finden. In diesem Kampfe wird die Solidarität der Gesamtarbeiterchaft eine scharfe Probe zu bestehen haben. Die trefflichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Koll. Lückeroth konnte noch in vielen Rechtsfragen zur Zufriedenheit der Zuhörer Auskunft geben. S. B.

**Verleburg.** Am 26. Oktober hatte unser Verband seine Vertrauensleute aus dem Kreise Wittgenstein zu einer Kundgebung nach Verleburg zusammengerufen. Trotz schlechten Wetters und weiter Wege war ein sehr guter Besuch zu konstatieren. Kollege Jung (Siegen) machte die Versammlung mit dem Zwecke der Tagung bekannt. Als Behördenvertreter waren anwesend der Landrat des Kreises Wittgenstein, der Direktor des Arbeitsamtes Siegen, der Bürgermeister des Amtes Girkhausen und der Arbeitsamtsnebenstellenleiter von Verleburg. Kollege Terhorst referierte über „Die Arbeitsnot und Wege zu ihrer Behebung“. Sodann sprach Kollege Jung über die Notlage der Wittgensteiner Bauarbeiter, ihre Ursachen und die Beschaffung von Arbeit. Die Gemeinden, welche vor dem Bankrott standen, seien kaum in der Lage, Abhilfe zu schaffen. In ihrer Verzweiflung hätten die Frauen versucht, von dem Ertrage der Grundstücke etwas zu verkaufen, um Zwangsversteigerungen zu vermeiden. Wo im Sommer ein Zentner Korn verkauft worden sei (Zentner für 8 RM.), fehle es jetzt für Brot. Die Wollschmiederei sei vollständig unrentabel, auch fehle das Geld, um das nötige Holz zu kaufen. Die Möglichkeit, im Walde zu arbeiten, sei dadurch unterbunden, daß alle Waldarbeiter nur drei Tage in der Woche beschäftigt und alle zum 1. Januar 1931 geübrig sind. Auch die übrige Holzindustrie liege vollständig brach. Da auch der Kreis nicht in der Lage sei, Mittel für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen, müßte die Regierung eingreifen, um die Katastrophe zu verhindern. Sehr viele Straßen seien reparaturbedürftig. In vielen Orten müßten Erweiterungsbauten an Schulen vorgenommen werden. Auch die Wohnungsnot sei im Kreise Wittgenstein sehr groß. Reicher Beifall wurde beiden Rednern gezollt.

Herr Landrat Broßhoff bedauerte, daß man dem Kreise Wittgenstein keine Mittel vom zusätzlichen Bauprogramm seitens der Regierung bewilligt habe. Die Gemeinden seien angewiesen, da, wo es notwendig sei, Wohlfahrtsunterstützungen zu bezahlen. Die Krisenunterstützung müsse auch für die Gemeinden im Kreise Wittgenstein bezahlt werden, sonst könne er das Schlimmste nicht mehr verhüten. Redner mahnte zur Besonnenheit.

Direktor Klein belegte zahlenmäßig die große Arbeitslosigkeit im Kreise Wittgenstein und versprach, alles zu tun, damit die ländlichen Bauarbeiter in die Krisenunterstützung mit eingestuft würden. Redner besprach dann die Wichtigkeit des Baumarktes und forderte, daß zur Steuerung der Arbeitslosigkeit die ganzen Hauszinssteuererlöse dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden müßten. Von berechtigten Rednern wurde betont, wir wollen Arbeit, um uns und unsere Familien ernähren zu können, wie man es uns in der Reichsverfassung als wohlverworbene Recht niedergelegt hat.

Die Behördenvertreter sowie die Verbandsleitung wurden erjucht, sofort bei allen behördlichen Stellen Schritte zu unternehmen, um durch Arbeitsbeschaffung Abhilfe zu schaffen und dem Kreise Wittgenstein als Notstandsbezirk besondere Hilfe zukommen zu lassen. Dem Verbande wurde weitere Dank gelobt.

**Berlin.** Unsere Verwaltungsstelle besuchte sich am 31. Oktober 1930 in einer gut besuchten Versammlung mit den Ursachen und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Bezirkssekretär Weber führte zum Thema u. a. aus:

In Zeiten wirtschaftlicher Depressionen ist die Frage: „Warum Gewerkschaften?“ besonders akut. Mit Schmerz sieht der Arbeiter die Not in der eigenen Familie und in weiten Kreisen seiner Standesangehörigen. Trotz Arbeitsfreude und Arbeitswillens ist Tausenden keine Möglichkeit gegeben, Arbeit zu bekommen. Von gewissen Kreisen wird versucht, die Arbeiterschaft noch mißmutiger zu machen, um den Aufstiegs willen in ihr zu zerstören. Die durch eigene Kraft erreichten Erfolge sind aber die besten Hypothesen für die Durchsetzung der berechtigten Standesziele. Heute und den

Gewerkschaften erneut gewaltige Aufgaben gestellt. Es gilt, das Erreichte festzuhalten, Schlimmeres von der Arbeiterschaft fernzuhalten. Bei Beurteilung des Regierungsprogramms müssen wir die Vorschläge zur Neuorganisation der Wohnungswirtschaft als wirtschaftliches Experiment mit sozialen Gefahren ablehnen. Wenn die ohnedies sehr spärlichen Mittel für den Wohnungsbau noch zugunsten des Reichshaushaltsetats verringert werden, dann kann von einer Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe keine Rede mehr sein. Die bisher gegebenen Hauszinsermittel müssen ungekürzt der Baufinanzierung erhalten bleiben. Wohnungsbeschaffung ist auch Gesundheitsförderung und Staatsbeschäftigung. Auch die Krankenfürsorge werde den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen nicht gerecht.

Solange den Bauarbeitern nicht einmal die Möglichkeit geboten ist, 20-30 Wochen im Jahr zu arbeiten, steht über der Saisonbedingtheit der Konjunkturlage. Alle Forderungen, die die Lebenslage der Bauarbeiter und des gesamten arbeitenden Volkes schmälern wollen, müssen unsern Widerstand finden. Die allgemeine Notlage erfordert Gemeinschaftsgeist, den wir dadurch betätigen wollen, daß jedes arbeitstätige Mitglied praktische Nächstenliebe an den Verbandskollegen walten läßt. Gerechtigkeit von den anderen; Nächstenliebe untereinander!

In der anschließenden lebhaften Aussprache wurden die einzelnen Maßnahmen des Regierungsprogramms erörtert und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, was uns an demselben mißfällt. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit halten wir u. a. für notwendig: die Rationalisierung mit den allgemeinen Bedürfnissen im Einklang zu bringen, die Arbeitszeit mit dem Ziel der Verminderung der Arbeitslosigkeit zu beschränken, die Hauszinssteuer reiflos zum Wohnungsbau zu verwenden, stärkere Unterstützung und Förderung der Bauaktivität durch öffentliche Aufträge, bedeutende Herabsetzung der Preise, vorwiegend für diejenigen Produkte, die der Arbeiter zum Lebensunterhalt benötigt. Möge man von maßgebender Seite auf die Stimme der Bauarbeiter hören. R.-r.

**Gelsenkirchen.** Unsere Verwaltungsstellenversammlung am Sonntag, dem 2. November 1930, konnte den Kollegen J. Henzler (Kottbus) für 25jährige treue Verbandszugehörigkeit ehren. Der Geehrte dankte und verzichtete seine weitere Mitarbeit. Den Kassendirektor gab Kollege Heul. Die Bankkonten sind unbefriedigend. In Horst, Erie und Wanne-Eickel ist sie etwas besser wie in Gelsenkirchen. Hier über die Grundstücks- und Strassenbaukosten eine hemmende Wirkung aus. Die Kassendirektor bekräftigte die Wichtigkeit der Kasse. Kollege Heul besprach noch die Notwendigkeit der Kenderung der Bürostunden, die am Dienstag und Freitag den ganzen Tag und Sonntag von 10 bis 1 Uhr stattfinden. Pünktliche Jnnehaltung macht Zeit frei für andere Aufgaben; jedoch werden dringende Fälle jederzeit behandelt. Kollege Heul ermahnte dann, die Bestimmungen für die Zuständigkeit der Arbeitslojenmarken streng zu beachten. Auch die Arbeitslojen- und Kassenunterstützung wurden in ihren Voraussetzungen und Ausmaßen von ihm erörtert. Nunmehr erwarten wir entsprechende Früchte von der reichhaltigen Versammlung.

**Planitz (Rheinheffen).** Am Sonntag, dem 2. November, hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Jobst aus Kreuznach sprach in ausführlicher Weise über die allgemeine wirtschaftliche Lage, das Arbeitslojenproblem und die Neuorganisation in der Arbeitslojen- und Krankenversicherung. Von den gemachten Ausführungen sei hervorgehoben, daß die große Arbeitslosigkeit körperlichen, materiellen und geistigen Schiffsbruch nach sich ziehen kann. Mit Berpfechtungen und schönen Seiten von Regierungseite ist uns keinesfalls geholfen; man soll endlich einmal mit Taten aufwarten. Man soll sich an den maßgebenden Stellen tiefer in die Stimmung dieser arbeitstüchtigen Menschen, worunter sich auch viele Jugendliche befinden, hineindenken. Abhilfe kann geschaffen werden, wenn man an den richtigen Stellen wartet. Das Wohl der Gesamtheit steht vor den Wünschen einiger Anstaltsbürger. Gegenüber den sozialdemokratischen Tendenzen wollen wir die starke Basis unseres Verbandes festhalten. Treue unserem Verbands auch in dieser schweren Zeit; das wollen wir heute erneut betonen. Die aufziehenden Wetter und Sturmzeichen sind ein Mahnruf für uns alle, in der Stärkung unseres Verbandes auch im hiesigen Gebiet nicht zu erlahmen. R.

**Von den Arbeitsstellen**

**Sonderbare Unternehmerpraktiken.** Die Unternehmer Kruse (Dortrop) und Bolzberg (Herbest-Dorsten) scheinen über die tariflichen Bestimmungen recht sonderbare Begriffe zu haben. Kruse ist dafür bekannt, daß er sich, soweit eben möglich, an der Zahlung der Tariflöhne und Vergütung der Schulstunden für seine Lehrlinge verweigert. Urlaub für die Lehrlinge kann er erst recht nicht. Er hat eine Zeit gegeben, wo dieser „tarifkräftige“ Unternehmer mit einem Knäuel etwaige Beschwerden seiner Leute entgegennahm. Dabei wurden wir gezwungen, für zwei Lehrlinge eine Lohnaufbesserung beim Lehrlings-Schiedsgericht zu verlangen. Hier stellte sich Herr Kr. auf den Standpunkt, daß, wenn er Schulstunden und Ferien zahlen sollte, er überhaupt keinen Lehrling

einstellen würde. Die entsprechende Antwort sind wir ihm selbstverständlich nicht schuldig geblieben. Nach einer längeren Debatte erklärte sich Kr. bereit, jedem der beiden Lehrlinge 150 RM. als Entschädigung für die nicht gezahlten Schulstunden, entgangene Ferien und den untertariflichen Lohn nachzuzahlen. Da Kr. auch nach Beendigung der Lehrzeit nicht den Junggejellenlohn zahlte, wollten wir auch diesbezüglich beim Arbeitsgericht klagen vorgehen. Leider haben uns die Eltern beider Lehrlinge durch die Hergabe der Ausgleichsquittung die Handhabe dazu genommen. Es wird wirklich an der Zeit, daß auch der Unternehmer Kruse sich endlich auf den Tarifstandpunkt stellt, sonst wird er noch manches Lehrgeld bezahlen müssen.

Der Unternehmer Bolzberg von Herbest-Dorsten macht es nicht viel besser. Er entlohnte einen jugendlichen Maurer im Alter von 18 Jahren mit 78 Pf. Stundenlohn. Durch unsere Klage beim Arbeitsgericht wurde er zur Nachzahlung von 267,03 RM. verurteilt. Nach Beendigung der Maurerarbeiten an dem Kirchenneubau in Herbest-Dorsten, entließ er unseren Baudelegierten Sp. Unsere Klage beim Arbeitsgericht hatte leider keinen Erfolg, da daselbe sich auf den Standpunkt stellte, daß die Maurerarbeiten beendet waren und Fugarbeiten nicht unter den Tarifvertrag fielen. Dieses Urteil ist eine glatte Schlenkerweisung. Wir sprechen uns wieder.

Herr B. will auch mit aller Macht den Tarifstundenlohn der Bollarbeiter kürzen. Vor einigen Wochen legte er allen Maurern und Hilfsarbeitern einen Hebers am Lohnstage vor, auf dem unterzürriehen werden sollte, daß die Maurer mit einer Lohnkürzung bis auf 20 Pf., die Hilfsarbeiter bis zu 22 Pf. einverstanden wären und auf jede weitere Forderung verzichteten. Leider ließen sich einige schrecken, während die Mehrzahl dieses Anjimmens ablehnte. Zurzeit erhalten fast alle Maurer den rechtmäßigen Lohn. Auch die Hilfsarbeiter hatten am letzten Lohnstage bis auf drei bis vier den Tarifstundenlohn. Da auch der verlangte Hebers in der Lohnkürzung bei der letzten Lohnung fehlte, scheint Bolzberg eingesehen zu haben, daß seine Taktik durchschaut ist. Denn nach einer Arbeitsgerichtsentscheidung, die sich auch das Reichsarbeitsgericht zu eigen machte, verstoßt solches Vorgehen gegen Treu und Glauben und sind diese Quittungen nichts als Ausgleichsquittungen zu werten.

Auch dem Unternehmer Bolzberg können wir nur raten, sich umzustellen. Als Arbeitsrichter beim Arbeitsgericht Gladbeck hat er doch den besten Ansehungsunterricht. Sonst wird bald aus dem Arbeitsrichter ein Beslagter. Den bei Bolzberg beschäftigten Bauarbeitern aber rufen wir zu: Restlos hinein in unseren christlichen Bau-

arbeiterverband. Dann gehören Vorgänge und Schachzüge eben geschlichteter Art auch bei Bolzberg bald der Vergangenheit an. Einig.

**Bekanntmachung**

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Albert Grauwinkel, Buch Nr. 330 076, eingetr. 18. 6. 29, wohnhaft in Schwedelbad (Pfalz), ist verlorengegangen und wird hiermit als ungültig erklärt.

Verwaltungsstelle Kaiserslautern.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß unsere Sprechstunden ab 15. November an folgenden Tagen festgesetzt sind: in Waiffal Dienstags und Donnerstags von 2-6 Uhr nachmittags, Sonntags von 10-1 Uhr. In Geobisch, Rath. Vereinshaus, Krummstraße 7, jeden Sonnabend von 9-11 Uhr vormittags. Wir bitten die Kollegen, sich an diese Stunden zu halten.

Verwaltungsstelle Waiffal. Der Vorstand. J. A.: Kojian.

**Sterbetafel**

Am Samstag, dem 25. Oktober 1930 verunglückte am Bau tödlich unser Kollege Willi Falkenbach im Alter von 31 Jahren.

Verwaltungsstelle Köln.

Am Sonntag, dem 26. Oktober starb nach mehrjährigem Krankenlager unser treuer Kollege Peter Hill im Alter von 62 Jahren. Er war 23 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

Verwaltungsstelle Hagen.

Am 1. November starb unser treuer Kollege der Maurer Friedrich Keutner im besten Alter von 32 Jahren. Wir verlieren in dem Kollegen, der seit acht Jahren Mitglied unseres Verbandes ist und durch seine treue Pflichterfüllung allen Kollegen ein Vorbild ist, auch einen tüchtigen Förderer unserer christlichen Gewerkschaftsidee.

Verwaltungsstelle Braunschweig.

Nach langem, qualvollen Leiden verschied am 6. November unser langjähriger Kassierer der Ortsgr. Bodum, der Zimmerer Bernh. Hedmann im Alter von fast 30 Jahren. Wir bedauern schmerzhaft den Verlust, da der Kollege Hedmann durch sein freundliches, ehrliches und offenes Wesen uns stets ein treuer Freund war.

Verwaltungsstelle Hamm (Westf.).

Ehre ihrem Andenken!

**Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inferenten der „Baugewerkschaft“**

Roman Circulisch Beitragsmarken BERLIN NO 43, Gollnowstraße 12.

Baumarbeiterhosen Zweidraht 6.-, 8.-, 9.- RM. Dreidraht 10.- RM., Herkules 13.- RM., Isländer 10.- RM., Manerorblusen 5.- RM., Manchesterhosen 9.-, 11.-, 13.-, 17.- RM. versendet bei Bestellung von 20.- RM. frei Haus. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2, Mechanische Spezialfabrik für Baumarbeiter-Kleidung.

Wepa Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe Spez.: Blaue-Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78

Extraktreiche Liköressenzen zum Selbstbereiten v. Likören 1 Dtz. für 12 Lit. ausr. M. 4.20 Laborat. E. Walther Halle-Trotha 100

Unsere echt vers. solide, eleg. Anker-Remont.-Uhr z. Goldrändern versch. Sekund.-Zeiger sowie 24 St.-Zifferbl. für 11. u. 12. Preis 12 u. zahlbar. 4 Monate. Ebenfalls mit Extra- als andere Ankeruhren. Wir verkaufen keine Uhren. Sie haben auch heute mit Remontage bei den seit 1880 bestehenden Uhren-Fabrik-Lager Arthur Melzig Berlin-Friedrichs 76

Spezialfabrik für Berufskleidung Große Lager in 14 Kellern, echte Teakholzwaagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung bitte ansonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld Louis Mosberg, Bielefeld 5, 44 Breite Str. 44

So billig wie nirgends! Weihnachts-Katalog gratis! Sigurd-Sesellschaft Kassel 51

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

100	90	80	75	70	60	50
3,40	3,20	3,-	2,90	2,80	2,60	2,40 RM.

Extra-Qualität 3,85 3,75 3,50 3,25 RM.

Sämtliche Werkzeuge, Belleidung, das Beste auf dem Markt lt. Katalog sofort lieferbar. Verf. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.

Wettermeier & Co., Bielefeld, Biegelstraße.

In 3 Tagen Nichtraucher. Auskunft kostenlos! Sanitas-Depot, Halle a. S. 201 L

Möbel-Kamerling Berlin, Kastanienallee 55 Speise-, Schlaf-, Herrenz-, Küch.-Riesenausw. Spottpreis. Zahlungszerl

Sichere Existenz im Hause. Ihre freie Zeit ist bares Geld! Wir suchen ehrliche, fleißige Personen zur Übernahme unserer Gypsch-, Schnitzarbeiten, auch nebenberuflich (erforderlich 200 M.). Wir bieten Garantie für dauernde Beschäftigung, hohes Einkommen und Selbstständigkeit. Auf Wunsch persönliche Anweisung. Schreiben Sie sofort unverbindlich an Gypsch-Strichmalerin, Berl.-Gartenstr. 123 Friedrichshagen Straße 14.

Echte extra starke Hienfong-Essenz (Destillat) 1000fach bewährt. 12 Fl. Dtz. 4.- bei 30 Flaschen RM 10.- franko. Laborat. E. Walther, Halle-Trotha 100

Billiges Angebot aus Neubeschreibungen u. a. Beamten-Tuchhosen, dunkel 4,50 Militärstiefel 4,75, Schuhe 3,75 Dieselben neubesohlt 5,95, 4,75 Neue la-Schulschuhe, Militärart 8,95 Neue beste Schlafdecken 3,50, 2,40 1,95 Militär-Unterhosen, Hemden je 1,- Neue beste Militär-Coper-Unterhosen 2,25 Militär-Dreilack und -Hosen (neu, je 3,90), 1,90, 1,50 Blaue Monteurjacken und -Hosen je 1,90, 1,50 Neue prima, blaue Coper-Anzüge, Jacken, Hosen je 3,75 Prima Manchesterhosen, extra stark 9,95 Nachnahme-Versand ohne jedes Risiko. Nichtzugeordnetes wird umgetauscht. S. Schwarz, Bekleidungs-Versand 14, Berlin N 65, Lindower Strasse 18/19.

Die Kaufmännische Gewerkschaft Bielefeldia e. G. m. b. H. mit über 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern ist die Verbraucher-Organisation der bielefeldischen Baumarbeiter. Der Mitbewerber ermöglicht preiswerte Warenverfügung der bielefeldischen Bauarbeiterfamilien. Die Hausfrauen der Baumarbeiter sollen daher nur in den Geschäftsstellen ihren Bedarf decken.